

«Geld macht den Wahlkampf oberflächlich»

Die Schweiz erlebt einen Wahlkampf, in dem so viel Geld ausgegeben wird wie noch nie. Das schadet der Diskussionskultur, findet der Staatsrechtler Tiziano Balmelli. Er fordert, dass die Mittel beschränkt werden.

Im aktuellen Wahlkampf sind die Budgets der einzelnen Parteien offensichtlich sehr unterschiedlich. Ist das ein Problem für die Demokratie?

Tiziano Balmelli: Ja. Unabhängig davon welche Partei nun mehr Mittel zur Verfügung hat und welche weniger: Die Situation im Wahlkampf hat sich im Laufe der Zeit deutlich verändert. Die Parteien und die einzelnen Kandidierenden denken, sie müssten immer mehr Geld ausgeben. Jeder versucht, den Konkurrenten zu übertrumpfen. Das schadet der Demokratie.

Weshalb?

Erstens stellt sich die Frage der Chancengleichheit. Sicher: Geld ist nicht der einzige Erfolgsfaktor in einem Wahlkampf. Aber die finanziellen Mittel spielen doch eine wichtige Rolle. Zweitens findet ein «Wettrüsten» bei den Wahlkampfgeldern statt. Die Kandidierenden sind gezwungen, viel Geld einzutreiben, und stehen deshalb stärker unter Druck. Das führt meistens nicht gleich zu unverschämter Korruption. Aber die Politiker müssen Kompromisse schliessen und immer mehr Zeit dafür aufwenden, genügend Mittel für ihre Kampagnen aufzutreiben. Drittens sinkt das Niveau des Wahlkampfs. Je höher die Budgets, desto mehr wird die Debatte von Slogans und Schlagwörtern beherrscht.

Je mehr Geld in den Wahlkampf fliesst, desto tiefer das Niveau?

Ja, das lässt sich nicht nur in der Schweiz verfolgen, sondern auch in anderen Ländern. Wenn viel Geld eingesetzt wird, werden Diskussionen über Lösungen in den Hintergrund gedrängt. Die Wahlwerbung nimmt gegenüber der ausführlicheren Berichterstattung immer mehr Raum ein. Alles wird extrem vereinfacht, damit es in einer kurzen Botschaft auf einem



Plakat Platz hat. Vertiefte Debatten zu Sachthemen finden immer weniger statt. Vereinfachungen gehören ein Stück weit zum Wahlkampf. Aber die Entwicklung ist teilweise zu extrem.

Sie sprechen von einem schädlichen «Wettrüsten». Ist ein Wettbewerb um Spendengelder nicht einfach natürlich und auch belebend für die Parteien?

Sicher ist es gut, wenn sich die Parteien um ihre Finanzen kümmern müssen. Es zwingt sie volksnah zu sein, sich eine Basis von Spenderinnen und Spendern aufzubauen. Aber zu viel ist zu viel. Wozu braucht es solche Summen? Vor vier Jahren hat die CVP Tausende von Zahnbürsten verteilt. Andere Parteien geben Kondome ab, um Aufmerksamkeit zu erregen. Wollen wir in diese Richtung weitergehen? Diese Entwicklung kann der Demokratie schaden. Sie trägt auch dazu bei, dass die Politik vom Volk nicht mehr ernst genommen wird.

Kann man diese Entwicklung stoppen?
Ich schlage vor, die Mittel zu beschränken, die in den letzten zwei Monaten vor einer Wahl ausgegeben

werden dürfen. Nehmen wir als Beispiel eine Wahl um einen Regierungsrat: Das Gesetz könnte vorsehen, dass Parteien und Kandidaten beispielsweise je maximal 100 000 Franken in den Wahlkampf investieren dürfen. Das wäre besser, als wenn alle versuchen,



«Dieses Wettrüsten um Wahlkampfgelder muss aufhören»

Tiziano Balmelli

sich mit Plakaten und Inseraten zu überbieten. Das führt nur dazu, dass das Volk des Wahlzirkus' überdrüssig wird. Wenn Parteien und Kandidierende nur einen sinnvollen Betrag ausgeben, ist das für alle gut: Die Politikerinnen und Politiker stehen nicht mehr unter Stress, weil sie immer mehr Geld aufzutreiben müssen. Die Wählerinnen und Wähler werden nicht mit Werbung überflutet. Und es findet ein ausgeglichener, fairer Wahlkampf statt.

In der Schweiz hat es noch nie einen grossen Spendenskandal gegeben. In Deutschland, das sehr strikte Regeln für die Parteifinanzierung kennt, hingegen schon. So schlecht kann das Schweizer System also doch nicht sein.

In der Schweiz funktioniert das System tatsächlich noch relativ gut. Aber es findet eine Entwicklung statt: Ich beschäftige mich mit diesem Thema seit 1996. Der Trend geht eindeutig hin zu grösseren Wahlkampfbudgets. Und wir können in einen Bereich kommen, der problematisch ist. In diesem Wahlkampf ist die Parteienfinanzierung nun zum Thema geworden. Es wird im Moment aus parteipolitischen Gründen instrumentalisiert, aber ich hoffe doch, dass eine pragmatische Diskussion stattfindet, die auch etwas bewirkt.

Vor allem das Budget der SVP gibt zu reden. Verzerrt der enorme Mitteleinsatz dieser Partei den Wahlkampf?

Es geht nicht darum, welche Partei im Moment am meisten Geld zur Verfügung hat. Das Problem ist doch, dass jede Partei gerne so viel Geld hätte wie die SVP. Deswegen kommen die anderen Parteien nun unter Zugzwang,

beim nächsten Wahlkampf mehr zu investieren. So beginnt sich eine Spirale zu drehen. Sicher erhalten die bürgerlichen Parteien traditionell mehr Unterstützung aus der Wirtschaft. Aber auch die linken Parteien stehen mehr und mehr unter Druck und ihre traditionellen Quellen reichen nicht mehr.

Die Linken strengten mehrmals Gesetze an, die die Offenlegung der Spender verlangt hätten. Würde das nützen?

Das System kennt man beispielsweise in Deutschland. Dort gibt es unglaublich genaue Regelungen dafür, wie die Parteien ihre Finanzen führen müssen. All das hat die Schwarzgeldkonten von Helmut Kohl nicht verhindert. Leider können solche Regeln immer umgangen werden. Ebenso bin ich skeptisch, was die Parteienfinanzierung durch den Staat betrifft, die von linker Seite auch gefordert wird. Auch diese ändert nichts daran, dass ein Wettrennen um noch mehr Geld stattfindet. Einen Spendeneingang kann man stets verschleiern, ein Inserat oder ein Plakat hingegen ist für alle sichtbar. Deshalb muss man nicht bei den Einnahmen, sondern bei den Ausgaben ansetzen.

Aber dafür wäre doch ein grosser Kontrollapparat nötig?

Nein, es gibt sicher auch einige Schwierigkeiten, aber das System könnte ohne grosse Mühe und sehr pragmatisch funktionieren. Man müsste noch genau bestimmen, wie etwa Listenverbindungen zu behandeln sind. Mein Gesetzesentwurf ist keine Zauberlösung. Aber es geht darum, Exzesse zu vermeiden und die Explosion der Wahlkampfbudgets einzugrenzen.

Denken Sie, dass sich die Parteien je darauf einigen können, die Wahlkampfbudgets einzuschränken?

Auf Bundesebene in nächster Zeit wohl nicht. Aber ich hoffe, dass in zwei oder drei Kantonen eine solche Bestimmung eingeführt wird, damit man Erfahrungen sammeln kann. Im Kanton Waadt hat das Parlament eine Motion genau in diese Richtung vor Kurzem unterstützt. Aber es geht langsam. Das Problem ist: Für die Demokratie gibt es keine Lobby. Das betrifft alle und niemanden.

INTERVIEW: JAKOB BÄCHTOLD

ZUR PERSON

Tiziano Balmelli
Doktor für Staatsrecht, Uni Freiburg

«Die Finanzierung von politischen Parteien und von Wahlkampagnen: Zwischen demokratischen Anforderungen und Korruption.» Zu diesem Thema hat Tiziano Balmelli im Jahr 2000 seine Doktorarbeit geschrieben, die viel Beachtung gefunden hat. Der Staatsrechtler befasst sich seit 1996 mit dem Thema Politik- und Parteienfinanzierung. Seine weiteren Forschungsschwerpunkte sind politische Rechte und direkte Demokratie, Korruption sowie Völkerrecht. Tiziano Balmelli ist 1972 in Lugano geboren und hat an der Universität Freiburg studiert und doktoriert. (bä)

Mit Regeln gegen Spendenskandale

In **Deutschland** müssen die Parteien ihre Finanzen bis ins Detail offen legen. Dafür werden sie vom Staat mitfinanziert, jährlich mit maximal 133 Millionen Euro. Trotz aller Regeln ist Deutschland mehrfach von Parteispendenskandalen erschüttert worden, so etwa von der «Schwarzgeldaffäre» unter Helmut Kohl. In den **USA** erhalten Parteien und Kandidaten kein Staatsgeld, müssen Spenden aber genau nachweisen. Auch **Frankreich** und **Spanien** kennen strenge Regeln für Parteien- und Wahlkampfbudgets. (bä)

DIE PARTEIEN UND IHRE WAHLKAMPFBUDGETS

Grösste Spende recht klein

«Die SP hat dieses Jahr eine einzige Spende erhalten, die im tiefen fünfstelligen Bereich liegt», erklärt Thomas Christen, SP-Generalsekretär. Das Wahlkampfbudget von **1,2 Millionen Franken** stamme hauptsächlich aus Mitgliederbeiträgen, kleinen Spenden und Mandatsbeiträgen: Gewählte SP-Politiker liefern einen Teil ihres Lohns der Partei ab. Die SP hat schon mehrere Vorstösse für eine Offenlegung der Parteifinanzen lanciert – jeweils ohne Erfolg – und würde auch eine staatliche Parteienfinanzierung befürworten.



Recht auf Offenheit

«Die grossen Parteispenden sind problematisch», sagt Hubert Zurkinden, Generalsekretär der Grünen. Er fordert ebenfalls offene Parteifinanzen. Wer sich in der Politik für weniger finanzkräftige Kreise einsetze, etwa für Kleinbauern statt für Grosskonzerne habe weniger Chancen. «Zudem haben Wählerinnen und Wähler ein Recht darauf, zu wissen, woher die Parteien Geld erhalten», sagt Zurkinden. Das Wahlbudget der Grünen Schweiz liegt laut Zurkinden bei bescheidenen **70 000 Franken**. Die einzelnen Kantonalparteien haben aber teils höhere Budgets.



Für die Anonymität

«Ein Gewerbler oder ein Wirt muss anonym spenden können, sonst bekommt er mit einem Teil seiner Kundschaft zwangsläufig Probleme», begründet Reto Nause, CVP-Generalsekretär, warum seine Partei die Spender weiterhin geheim halten will. Regulierungen seien zudem leicht zu umgehen. Das sehe man in Ländern, die solche Gesetze kennen. «Dort rutscht man von einem Spendenskandal in den nächsten», sagt Nause. Die CVP Schweiz gebe **1,5 Millionen** für den Wahlkampf aus. Rund 700 000 Franken stammten aus der Wirtschaft.



Politiker sind unbeeinflussbar

Die FDP Schweiz investiert laut Generalsekretär Guido Schommer **1,6 Millionen Franken** in den Wahlkampf. «Ein Problem besteht nur, wenn man den Politikern unterstellt, sie seien beeinflussbar», erklärt Schommer. Das sei – zumindest in der FDP – aber nicht der Fall. Deshalb gebe es in der Schweiz auch keine Schwierigkeiten mit Spenden aus der Wirtschaft oder von einzelnen Interessengruppen. Von Regulierungen hält Schommer gar nichts. Die Ungleichheiten in diesem Wahlkampf sieht er als Herausforderung: «Das nächste Mal müssen wir halt mehr Mittel aufreiben.»



Nur 5 Millionen Franken

Die Zahlen, die über das Wahlkampfbudget der SVP herumgeboten werden, seien «reine Fantasie», sagt SVP-Generalsekretär Gregor Rutz. Statt 15 Millionen, wie von Gegnern behauptet wird, hat die SVP laut Rutz maximal **5 Millionen Franken** in ihrer Wahlkampfkasse. Einschränkungen findet Rutz unnötig. Das Schweizer System funktioniere besser als die Regelungen im Ausland. Er kritisiert die von linker Seite geforderte Parteienfinanzierung durch den Staat: «Selbstverantwortung funktioniert besser als staatliche Lenkung.» (bä)

